



Die Menschen in Israel und Palästina verdienen unsere Solidarität und Empathie – es ist fehl am Platz, ihr Leid zur Legitimation von Migrationsabwehr und Abschiebepolitik zu instrumentalisieren!

Es ist so schwierig wie notwendig, Worte zu finden.

Seit dem 7. Oktober und dem terroristischen Angriff der Hamas auf Israel gilt unsere Sorge der Eskalation der Lage im Nahen Osten. Unsere Empathie und Anteilnahme gelten allen durch die Hamas ermordeten und entführten Menschen in Israel und ihren Angehörigen. Die unfassbare Grausamkeit der Taten lässt uns verstummen. Die Zäsur die der 7. Oktober für Jüdinnen und Juden weltweit bedeutet, uralte Traumata aktualisiert, die Geschichte antisemitischer Gewalt fortschreibt und ihr Sicherheitsempfinden zutiefst erschüttert, verlangt unsere Solidarität.

Wir halten es für keinen Widerspruch zugleich unsere Empathie, Anteilnahme und Solidarität mit all den durch die militärische Reaktion Israels auf den 7. Oktober getöteten, verwundeten und vertriebenen palästinensischen Zivilist*innen in Gaza und ihren Angehörigen weltweit auszudrücken. Auch dieses Leid können wir nicht entkoppelt von einer langen Geschichte der Gewalt gegen Palästinenser*innen sehen.

Solidarität ist unteilbar. Menschenrechte sind unteilbar.

Mit Sorge betrachten wir die innenpolitischen Auswirkungen in Deutschland: die massive Zunahme von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus. Es gilt jeder Form von Rassismus und Antisemitismus entgegenzutreten und solidarisch an der Seite Betroffener rassistischer und antisemitischer Gewalt zu stehen. Antisemitismus und Rassismus dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Wir erfahren aus den Unterstützungsstrukturen junger Geflüchteter und von den jungen Menschen selbst, dass der Konflikt und dessen innenpolitische Auswirkungen in Deutschland viele der hierher geflüchteten Jugendlichen umtreibt, betrifft und betroffen macht. Wir erfahren davon, dass Ängste, Gefühle und Verunsicherungen, sowie Erfahrungen von Rassismus in diesem Kontext keinen oder zu wenig Raum erhalten und zu oft mit Verurteilungen und Verboten einhergehen – auch und gerade im schulischen Bereich. Wir möchten dazu ermutigen, differenziert, sensibel und besonnen Raum zu geben, Gedanken und Gefühle zu teilen. Dies zu tun und zugleich Antisemitismus und antisemitischen Deutungen des Nahostkonflikts klar entgegenzutreten und über diese aufzuklären, halten wir für möglich und dringend notwendig.

Diesen Raum zu gewähren ist eine herausfordernde pädagogische Aufgabe – umso mehr ist an die Verantwortung aller politischen und medialen Akteure zu appellieren. Antisemitismus wird an vielen Stellen im politischen Diskurs so dargestellt als ob es ein Problem sei, das ausschließlich durch (muslimische) Migrant*innen verursacht würde, dies ist nicht nur ein rassistisches Narrativ, sondern vor dem Hintergrund der Shoah regelrecht zynisch. Mehrheitsgesellschaftliche Verantwortung für Antisemitismus wird damit negiert: Antisemitismus durchzieht die gesamte Gesellschaft und muss als gesamtgesellschaftliches Problem adressiert und bekämpft werden.



Wir beobachten eine Instrumentalisierung der weltpolitischen Lage, um menschen- und kinderrechtswidrige Abschottungspolitik¹ zu rechtfertigen und die Gesellschaft zu spalten: Der Merz'sche „importierte Antisemitismus“ dient allen statistischen Widerlegungen zum Trotz der Soederschen Forderung, dass bei Antisemitismus Migrant*innen die deutsche Staatsbürgerschaft wieder entzogen werden müsse oder legitimiert aus Sicht von Bundeskanzler Olaf Scholz das neue Abschiebegesetz als Errungenschaft, um „antisemitische Migranten“ abschieben zu können. Wir sehen hier die Verantwortung nicht nur bei der Politik, sondern auch bei der medialen Berichterstattung und der gesamten Zivilgesellschaft. Wir fordern, dass diese rassistische, die Gesellschaft spaltende Instrumentalisierung und die Entrechtung geflüchteter Menschen aufhört!

Als Verband für die Rechte junger geflüchteter Menschen stellen wir uns entschieden gegen jede Form rechtspopulistischer Narrative. Diese Stimmungsmache wird in keiner Form gesellschaftlicher Verantwortung gerecht, im Gegenteil. Wir beobachten, dass die Überforderung in den Kommunen in Konsequenz einer seit Jahren vernachlässigten Sozial- und Bildungspolitik unter Verweis auf „Migration als Problem“ unter anderem auf dem Rücken junger Geflüchteter ausgetragen wird.

Kern einer demokratischen, an der Menschenwürde orientierten Gesellschaft, muss der Schutz aller sein. Der Schutz aller in Israel lebenden Menschen, der Schutz der Menschen in Palästina, der Schutz von Jüdinnen und Juden in Deutschland und Palästinenser*innen, die nun zu Geflüchteten werden und der Schutz aller, die nach Deutschland kommen und bereits hier sind.

¹ Laut Pro Asyl ist jede zweite Abschiebung rechtswidrig und ein neuer Bericht des Mediendienstes für Integration kommt zu dem Ergebnis, dass mehrfache Gesetzesverschärfungen seit dem Jahr 2015 ohne Auswirkungen auf die Zahl der Abschiebungen geblieben sind.